

MBI - Wählergemeinschaft Mülheimer Bürger Initiativen

MBI-Geschäftsstelle:
Tel.: 3899810 Fax: 3899811



Kohlenkamp 1, 45468 Mülheim
e-mail: mbi@mbi-mh.de, Internet: www.mbi-mh.de

MBI

Rück- und Ausblick von 2019 auf 2020

2019: Eine besorgniserregende Weltlage, weitere barbarische Terrorakte, große Folgeprobleme der unregulierten Völkerwanderung speziell nach Deutschland und eine abflauende Weltkonjunktur, dazu enorme Auflösungserscheinungen der deutschen Zivilgesellschaft mit erschreckendem Niedergang von Demokratie und Rechtsstaat. Und 2020?

Was kommt nach dem verhunzten Jahr 2019? Erlebt Mülheim 2020 einen Neuanfang?

Unter welcher Überschrift wird das vergangene Jahr 2019 in die Annalen eingehen? Die Auswahl ist nahezu endlos: ob Brexit, GroKo-Elend, USA-Empeachment, Klimanotstand, bedrohte Meinungsfreiheit und, oder .

Die Nachkriegs-Weltordnung scheint aus den Fugen zu geraten, steht eine Zeitenwende bevor?

Das wäre trotz schwerwiegender Umbrüche nicht unlösbar, gäbe es nicht in Deutschland den problematischen Trend der organisierten Denk-Abwehr der politischen Elite, verstärkt durch einen Großteil der Medienindustrie, die krampfhaft nach Ablenkungsmanövern sucht und zusehends eher Hysterie erzeugt.

Während die Welt an vielen Ecken lichterloh brennt, wird im nur vordergründig beschaulichen Mülheim der Anschein hochgehalten, als sei hier trotz eines unfassbaren Durcheinanders ein „Weiter wie gehabt“ noch möglich. Die WAZ-Medien spielen artig mit und versuchen, nachdenklichere Stimmen wie die MBI zu ignorieren, zu marginalisieren oder zu verstümmeln. Viele Ereignisse in 2019 wären noch vor wenigen Jahren waschechte Skandale gewesen, doch heutzutage geht fast alles unter. Alles Bedenkliche aus dem letzten Jahr aufzuschreiben, würde ein dickes Buch ergeben. Deshalb nur einige wenige „Highlights“ aus der Stadt des Dilettantismus:

War in Mülheim 2019 das Jahr von Dauerchaos und Volksvera...?!

Zur Lage der Ruhrstadt vorab Zitate aus der RP-Haushaltsgenehmigung vom 12.12.2019: Auf S. 4 steht:

"Aufgrund des insgesamt hohen, nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrags schafft es Mülheim jedoch auch unter Zuhilfenahme der Mittel aus dem Stärkungspakt Stadtfinanzen nicht annähernd, den rechtswidrigen Zustand der bilanziellen Überschuldung bis 2023 zu überwinden..... Dies gilt umso mehr, als zu der bilanziellen Überschuldung ein hoher Bestand an Liquiditätskrediten tritt, allein aufgrund der derzeitigen Zinssituation waren die vorerwähnten Konsolidierungserfolge einschließlich des Schuldendienstes zu erreichen....." "Mülheim erhält zwischen den Jahren 2017 und 2022 Stärkungspaktmittel in Höhe von insgesamt rund 157 Mio. Euro." (S. 2) und "Trotz des deutlich positiven Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 25 Mio. Euro ist gleichzeitig auch die Ermächtigung zur Aufnahme von Liquiditätskrediten nochmals auf nun 1.250.000.000 Euro ausgeweitet worden." (S. 8)

Dennoch erteilte der RP eine Haushaltsgenehmigung! Mehr auf S. 3

Was gab es 2019 in MH sonst an Hauptpunkten, abgesehen vom Dauerchaos?



Die Orgie der Grundsteuererhöhung um 39% auf Rekordniveau führte im Februar zur Riesendemo vor dem Rathaus, doch die große Ratsmehrheit wollte nichts ändern, wie von den MBI beantragt.

Ende Mai präsentierten Mendack&Co das indiskutable „Netz 23“ als radikale Schrumpfkur für den ÖPNV, besonders in die Nachbarstädte. Völlig aus der Zeit von Verkehrswende und Klimarettung wurde der Unfug eingestampft, noch bevor Beratung möglich war.

Seither herrscht totale Planlosigkeit zur Umsetzung der beschlossenen ÖPNV-Kürzung von 6 Mio./Jahr.

Gegen den erbitterten Widerstand von Verwaltung und Rat musste auf gerichtliche Anordnung hin der Bürgerentscheid zum VHS-Erhalt am 6. Okt. durchgeführt werden. Trotz massiver Versuche, Schulen und Sport gegen die VHS auszuspielen, stimmte die große Mehrheit für die VHS in der MüGa. Doch Mendack und die große Ratsmehrheit weigerten sich im Dez., das Bürgervotum umzusetzen. Mehr auf S. 2.

Die fünf menschlichen Sinne schienen sich in 2019 in der Stadt von Ruhrbania auf diese Sondersinne konzentriert zu haben: **Un-, Blöd-, Stumpf-, Schwachsinn und nicht zuletzt Wahnsinn!**

Die Ungeheuerlichkeiten des Mülheimer Stadtrates

Es gab viele unschöne oder erschreckende Ereignisse in Mülheim in 2019 wie die Gruppenvergewaltigung durch bulgarische Jungen im Sommer. Auch das lange Gehampel bis zur Rücknahme des Friedhofkonzepts war eher blamabel. Doch die Liste der Mülheimer Peinlichkeiten wäre sehr lang, deshalb nur das:

Die niveaulosen Ratsitzungen der letzten 2 Jahre fanden im Dez. sogar noch eine Steigerung mit dem erbärmlichen Versuch, das Ergebnis des VHS-Bürgerentscheids zu torpedieren. Zur Ablenkung galt fast zweieinhalb Stunden: **"Die MBI und vor allem namentlich Lothar Reinhard wurde von den Fraktionen an die Wand gestellt."** (Originalzitat WAZ). Das war schlichtweg widerlich und einer mitteleuropäischen Demokratie unwürdig.

Ein völlig ratloser Stadtrat zeigte sich am 5. Dezember in beschämender Weise als schlechter Verlierer. Auf einem geistigen Niveau, das nur noch erschreckte, war keine ernsthafte Auseinandersetzung über die Frage möglich, wie denn der überaus erfolgreiche Bürgerentscheid zur VHS in der MüGa umzusetzen sei. Also ging es nur um die Frage, wer der bzw. die Bösen sind, die dem Rat das eingebrockt hätten. Und dazu hatte sich der gesamte Rat außer den 4 Stimmen von MBI und WIR AUS Mülheim eine besondere taktische "Finesse" ausgedacht: Alle enthielten sich bei der indiskutablen Mendackvorlage, die dann mit den 4 Stimmen abgelehnt wurde. Damit war zwar eine Hälfte des gemeinsamen Antrags von MBI+WIR AUS Mülheim – **"Für ein billigeres, besseres VHS-Sanierungskonzept in Zusammenarbeit mit dem VHS-Architekten Teich!"** – erfolgreich, nämlich Mendacks Planungsbeschluss auf der Grundlage des Gefälligkeitsgutachtens nicht zu fassen. Die zweite und wichtigere Hälfte des Antrags, den Architekten Teich in das Gebäude zu lassen, wurde bei nur den gleichen 4 Stimmen dafür arrogant abgelehnt.

Dass nicht die MBI, sondern 18000 mündige Bürger für den VHS-Erhalt stimmten, interessierte nicht!

Und nun nach dieser Ungeheuerlichkeit?

Wie beim ÖPNV, bei den Flüchtlingsholzhäusern, den OGS-Zuschüssen, der Verkehrsführung, und, und, und: Vollständige Ratlosigkeit, gepaart mit kindischer Zänkerei und krankhaften Profilneurosen? Der kommende Wahlkampf droht „heiter“ zu werden!

Kurzum: Die Stadt Mülheim ist nicht nur finanziell vor die Wand gefahren, sie ist auch noch geistig bankrott. Eine schwerwiegende Demokratiegefährdung schwebt über unserer Stadt!

Es grünt so schwarz, wenn Giesberts Blumen erblühen?

Dass Mülheims Grüne mit 75% Basis-Zustimmung Diane Jägers (CDU) als OB-Kandidatin mittragen wollen, stößt bei den Junggrünen und in der Landespartei auf Kritik.



Im Fokus auch: Fraktionschef Giesbert, der bekanntlich eine lukrative Beamtenstelle im Gender-Ministerium der Mülheimer grünen ex-Ministerin Steffens erhielt. Er ist heute Untergebener von Frau Jägers im Ministerium für Heimat, Kommunales und Gleichstellung. Jägers ist Abteilungsleiterin für Genderfragen, Giesbert dort als inzwischen Oberregierungsrat (A 14) in der Koordinationsstelle zur Bekämpfung von

Gewalt gegen Frauen und Männer tätig. Die Junggrünen bekämpfen Frau Jägers, weil sie bei der Räumung des Hambacher Forsts als Ministerialdirektorin an der Anweisung zur Räumung beteiligt war. WAZ: „Mülheim: Grüne wegen OB-Kandidatin Jägers in der Kritik“ Hier ein Kommentar unter dem Artikel: „Ach nee, Herr Stodollick: Als ich hier vor Wochen die rein persönlichen Interessen des Herrn Giesbert beschrieb, wurde mein Beitrag gelöscht. Nun, da Sie ja offenkundig auch auf den Trichter gekommen sind, hier nochmals meine Sichtweise zur Personie Giesbert: Nachdem es im Ministerinbüro von Barbara Steffens nach der verlorenen Landtagswahl karrieremäßig nicht mehr weitergehen konnte, versucht er es nun auf dem Schoß von Frau Jägers. Giesbert schießt wohl auf den Posten des Persönlichen Referenten einer vielleicht künftigen OB Jägers, da solche Posten regelmäßig mit A15 besoldet sind und somit Giesbert ganz normal von bisher A14 um die eine Stufe höher dorthin befördert werden könnte. Und aus dieser Position heraus lässt sich dann allerdings einiges entwickeln. Ich erinnere an Dehm, der es als Baganz-Referent bis zum OB in Hagen brachte. Und an Mendack, der als ehemaliger Referent von Dagmar Mühlensfeld nun als Kämmerer bekanntermaßen die Mülheimer Finanzen vor die Wand fährt.“ . (von Wadamaha)

Hurra: Genehmigung auch des Haushaltes 2019! Wirklich hurra?

Vorab zur Erinnerung

Die kleine Großstadt Mülheim mit etwas über 172.000 Einwohnern ist unangefochten NRW-Spitzenreiter bei der Pro-Kopf-Verschuldung mit ca. 11.500 €/Kopf, hat über 2 Milliarden Schulden, über 1,1 Milliarden Kassenkredite („Kredite zur Liquiditätssicherung“) und noch schlimmer ein negatives „Eigenkapital“ von über 600 Mio. €, d.h. eine hoffnungslose bilanzielle Überschuldung. Außerdem war/ist die Heimat bzw. Herkunft vieler Großindustrieller und Konzerne wie Stinnes, Thyssen, Tengelmann, Aldi-Süd, Metro-Beisheim, RWE-FWH-Grosmann usw. laut Bertelsmann-Studie die deutsche Großstadt mit dem höchsten Verschuldungstempo im vergangenen Jahrzehnt.



Wie in all den Jahren vorher hat die sog. Aufsicht des RP den Mülheimer Haushalt 2019 im Nachhinein kurz vor Jahresende genehmigt. Auf 18 Seiten müht sich die Finanzaufsicht redlich, mit komplizierten oder schwammigen Umschreibungen die desolater Mülheimer Haushaltslage irgendwie doch noch genehmigungsfähig zu schreiben. **Hätte die Düsseldorfer Behörde das nicht getan, hätte sie einen Sparkommissar schicken müssen. Das hätte Arbeit bedeutet**

Es ist schon interessant, wie wohlwollend sie bestimmte Defizite der Mülheimer Haushaltsplanung umschreibt. So wird bzgl. der seit Jahren deutlich überhöhten Ansätze bei Gewerbesteuererinnahmen empfohlen, die wiederum zu „optimistischen“ Angaben auch im Etat 2020 durch „engmaschige Kontrolle dieser wichtigen Ertragsposition durch die Stadt selbst und eine realistische Ansatzplanung in den kommenden Haushalten“ zu verbessern. Netter geht nicht, oder?

Auch der RP weiß „natürlich“, dass das per Tischvorlage der Kenia-Koalition MH (SPCUGrüne) im Dez. 2018 beschlossene Groß-Maßnahmenpaket Nr. 144 (Grundsteuererhöhung auf 890%, Einsparungen beim ÖPNV von jährlich 7 Mio. € und beim Personal von 6 Mio € jährlich) zentral war für einen auf dem Papier ausgeglichenen, damit für 31 Mio. aus dem Stärkungspakt zuschussfähigen und genehmigungsfähigen Haushalt. Umgesetzt wurde nur die Grundsteuererhöhungsorgie, die beiden anderen Maßnahmen sind ungewisser denn je! Die Aufsichtsbehörde umschreibt das dann so: „In meiner Haushaltsverfügung vom 18.12.2018 zum Haushalt des Jahres 2018 hatte ich bereits darauf hingewiesen, dass das verstärkte Maßnahmenpaket 144 mit seinen Einsparungen beim Personalaufwand und beim ÖPNV noch einer weiteren Konkretisierung bedarf, um die Genehmigungsfähigkeit bei der nächsten Fortschreibung zu erreichen.“ Nun stand also die Genehmigungsfähigkeit der nächsten Fortschreibung an und von der angemahnten Konkretisierung ist außer Fehlanzeige nichts zu sehen. Die Argumentationsakrobatik der „Finanzaufsicht“, um dennoch eine Genehmigung zu erteilen, ist gewagt. Zum ÖPNV schreibt der RP z.B.:

„Zur Konkretisierung der Maßnahme 144-2 „Einsparungen im Rahmen der ÖPNV-Optimierung“ haben die Fraktionen der SPD, CDU und Bündnis 90/Grüne zur Ratssitzung am 07.11.2019 eine veränderte Beschlussvorlage erarbeitet. Mit dem ÖPNV-Beschluss vom 07.11.2019 hat der Rat der Stadt Mülheim den politischen Willen gezeigt, sich grundsätzlich und konsolidierungsorientiert mit der Struktur des ÖPNV in Mülheim auseinanderzusetzen



zu erkennen. Dem RP reicht es aber anscheinend, dass die 7 Mio. € als globales Einsparziel pro Jahr weiter in der Maßnahme 144-2 stehen, auch wenn nichts davon wirklich angestrebt werden soll.

Der RP schreibt ferner: „Ich wiederhole hier meine Aufforderung, dem Anstieg der Personalausgaben alle sich bietenden Maßnahmen entgegen zu setzen.“ Die angemahnte Konkretisierung der beschlossenen Einsparung bei Personalausgaben ist also ebenfalls eine Luftnummer.

Solche RP-Floskeln sind seit über 10 Jahren immer wiederkehrend und wirkungslos. **Wo kein Wille, da kein Weg und dem Land, das schließlich für seine Kommunen haftet, scheint es egal zu sein.**

Mülheim 2020: Augen zu und schnurstracks tiefer in ein Dauerchaos?!

Schwerwiegende Probleme haben sich aufgetürmt in Mülheim/Ruhr: Eine Innenstadtkrise, auch als Folge von Ruhrbania, ebenso die missratene Verkehrsführung, dazu kein zukunftsfähiges ÖPNV-Konzept trotz jahrelanger Dauerdiskussion inkl. inflationärer Gutachteritis, und über allem eine nahezu hoffnungslose Haushaltskatastrophe. Doch bisher wollten die Mülheimer Verantwortlichen sich durch nichts abbringen lassen von ihrem Kurs immer tiefer in die Sackgasse. Dafür dann Gesundheitsbetriebe, immer neue Projekte, immer neue Baustellen als Flucht nach vorne trotz der vielen Scherbenhaufen. Doch ein „Weiter wie gehabt“ wird aus vielerlei Gründen auch mit noch mehr Landeshilfen nicht mehr lange gut gehen! Im folgenden einige Schwerpunkte dessen, was überfällig ist und seit längerem von den MBI immer wieder angemahnt wurde und wird.

- ◆ **Das erbärmliche Gehampel um die ÖPNV-Zukunft wie zuletzt erneut mit dem „Netz 23“ muss beendet werden! Ministerium und RP müssen die Federführung übernehmen und die Ruhrstädte zur Fusion ihrer Verkehrsgesellschaften zwingen, zuerst im westlichen Ruhrgebiet (DU, MH, E und OB!). Der miserable Start auch der Ruhrbahn als MVG-EVAG-Fusion als richtigem kleinen Schritt zeigte erneut, dass die Kirchtürme vorrangig nur an Pöstchen u.ä. denken. Der Nahverkehrsplan muss dringend völlig überarbeitet werden, und zwar als gemeinsamer NVP aus einem Guss mit Essen, Duisburg und Oberhausen.**
- ◆ Die bisherige große Abhängigkeit vom RWE, ab 2020 auch Eon, muss verringert werden, soweit noch möglich, nachdem mit dem medl-Vertrag auch noch der RWE(nun Eon)-Anteil am SWB und die Stromkonzession auf viele weitere Jahre verlängert wurden! Die Übernahme von RWW, medl und SWB-Anteilen sowie der lukrativen Stromkonzession durch Eon birgt größere Risiken, siehe Verkauf der ex-Eon-Tochter Uniper. Was mit den Millionen RWE-Aktien noch Sinnvolleres als bisher getan werden kann, ist z.Zt. nicht absehbar. Evtl. müssen die Aktien sogar als Verlust großenteils abgeschrieben werden.
- ◆ **Das peinliche OB-bashing endete zum Glück in 2019. Der Dezernatszuschnitt hätte mit dem Abgang von Ernst im Frühjahr neu geordnet werden müssen. Auch die Chance wurde vertan!**
- ◆ Selbstbedienungsmentalität und Misswirtschaft in Serie müssen eingedämmt werden! Es sind nicht nur die üppigen Gehälter in den städtischen Beteiligungen, der Fall Rinas hat auch einen unvorstellbaren Sumpf in diversen Korruptionsnetzwerken offenbart. Der ImmoService als kostenintensivste und deutlich ineffektive städtische Abteilung muss auf gänzlich andere Füße gestellt werden!
- ◆ **Bei Immobilienspekulanten herrscht Goldgräberstimmung insbesondere für meist Luxuswohnungen in den grünen oder den Außenbereichen, selbst bei bereits mehrfach gescheiterten Bauprojekten wie auf dem Acker Tinkrathstraße. Die Stadt muss der momentanen Bauwut einen Riegel vorschieben und sich aktiv bemühen, den Bau von Sozialwohnungen in Baulücken und Innenbereichen zu forcieren.**
- ◆ Die gesamte Schulpolitik muss auf den Prüfstand wegen der rasant gestiegenen Kinder- und Schülerzahl und der drohenden Überforderung der Bildungseinrichtungen durch Inklusion und die vielen Seiteneinsteiger aus der Zuwanderung. Eine Neuauflage der Schulentwicklungsplanung ist akut und überfällig!
- ◆ **Die VHS muss möglichst bald wieder im Gebäude am MüGa-Rand stattfinden, die lange verschleppte Brandschutzsanierung kann schnell, die Gesamt-Renovierung nach und nach bei laufendem Betrieb durchgeführt werden. Dazu muss der Architekt Teich endlich Zugang zum Gebäude erhalten! Der Interimstandort Aktienstr. jedenfalls ist ungeeignet und eine Zumutung!**

Nach den Wahlen am 13. September wird nach den vielen Fehlentwicklungen der neue Rat sicherlich anders zusammengesetzt sein, weil die SPD mit ihrer Selbstmörderpolitik in Mülheim sogar noch die Bundes-SPD in den Schatten stellte. Doch egal, wer neue/r OB wird und wer mit wem eine Ratsmehrheit besitzt, die Wiederbelebung der malträtierten Mülheimer Demokratie und der Wiederaufbau von Glaubwürdigkeit wird schwieriger sein als selbst die Sanierung der vor die Wand gefahrenen Finanzen. Da wird nur tabulose Offenheit, Transparenz und ehrlich gemeinte Bürgernähe vonnöten sein. Von den meisten heutigen Akteuren inkl. der Lokalmedien würde das allerdings Umdenken und Umschwenken verlangen!



Die etwas manipulativen MH-Lokalmedien

Bspl. erneute Bedrohung des Winkhauser Tals im Grünzug B

Ein typisches, fast alltägliches Beispiel der manipulativen, parteiischen (insbesondere Grüennahen) Mülheimer Lokalpresse ist auch folgendes:

Die Frischluftschneise zwischen Essen und Mülheim als wichtiger Teil des Regionalen Grünzugs B wird von vielen Anwohnern als Naherholungsgebiet geschätzt. Der Kampf um die Felder und Wiesen muss offenbar immer wieder geführt werden. Mülheim hat auf der Suche nach Gewerbeflächen wieder die Felder an der Essener Stadtgrenze im Blick. Borbecker Bürger kündigten erneut Widerstand an und gründeten die BI „Rettet die Schönebecker Grünflächen“. Der Kampf um das Winkhauser Tal musste seit 1970 häufig geführt werden. Die Argumente Pro und Contra sind auch nach fast 40 Jahren fast identisch.



Bereits im Frühsommer wurde klar, dass Kämmerer Mendack und der wahre Stadtchef Dönnebrink (Chef von BHM, M&B und medl) ihr finanzielles totales Missmanagement nutzen wollen würden, um den großen Wurf beim Ausverkauf von Mülheims Grünflächen zu starten, An vorderster Stelle sollte wieder einmal das Winkhauser Tal zur Disposition gestellt werden, dann noch Selbeck, das Fulerumer Feld und das Flughafengelände irgendwie und etliche weitere Flächen. Die MBI wollten deshalb bereits im Mai/Juni die Diskussion eröffnen und neben dem Winkhauser Tal auch die Hänge zum Rumbachtal, insbesondere Schlippenweg und Tinkrathstr., vor weiterer Bebauung schützen. Doch im Rat wollte niemand, auch die Grünen nicht, darüber überhaupt reden, geschweige denn abstimmen. Das war den Lokalmedien keine Meldung wert. **Kurzum: Die Chance war vertan, rechtzeitig in die Diskussion einzusteigen.**

Der weggestimmte MBI-Antrag aber verschwand in der Versenkung..

Im Okt. stellte Dönnebrink in großer Runde mit Politik und Wirtschaft seine Pläne vor. Im Nov. sollte der Wirtschaftsausschuss, auch zuständig für Mobilität, damit befasst werden. Geschah aber nicht, weil u.a. zu den ÖPNV-Plänen in Mülheim heilloses Chaos vorherrscht. Weil zumindest in der Essener WAZ die heiklen Mülheimer Pläne für das Winkhauser Tal öffentlich behandelt wurden, machten die MBI noch einen Versuch und verschickten am 27.11. eine Presseerklärung u.a. an alle Mülheimer Lokalmedien. Wieder wollte keine/r in Mülheim das weiter thematisieren. Nach Rücksprache mit der Borbecker BI "Rettet die Schönebecker Grünflächen" schickte diese am 1. Dez. eine Stellungnahme an die Mülheimer WAZ. Auch das führte zu keinem Artikel. Dann entdeckten die Mülheimer Grünen und in ihrem Gefolge die ansonsten deutlich schwächelnde "Fridays for Future" MH die bedrohten Mülheimer Grünflächen als Vorwahlkampfthema. Und sofort berichteten WAZ/NRZ. Abgesehen davon, dass insbesondere den Mülheimer Grünen der Grünzug B in der Vergangenheit mit seinen diversen Kämpfen um den Erhalt alles andere als wichtig war, häufig sogar im Gegenteil, erinnerte sich die WAZ MH nun zur FfF-Weihnachtsdemo auch an die vorher unterschlagene Stellungnahme der Essener BI und brachte den großen Artikel "FRIDAYS FOR FUTURE - Essener kritisieren Mülheims Planungen für Gewerbeflächen" Ein ähnlicher Artikel war dann auch in der Mülheimer Woche. "Natürlich" kamen die MBI und deren misshandelter Antrag in beiden WAZ-Blättern immer noch nicht vor.

Das ist halt insgesamt eine recht manipulative Presse, die Parteipolitik macht, nicht nur bei diesem Beispiel. Die MBI sind es gewohnt, häufig stiefmütterlich von den WAZ-Medien (andere gibt es in MH nicht mehr) behandelt zu werden, um es vorsichtig auszudrücken. Das aber ist nicht das Hauptproblem. Das besteht nämlich vor allem darin, dass sie anscheinend die öffentlichen Diskussionen steuern wollen, anstatt einfach nur neutral zu berichten. Beim Beispiel Winkhauser Tal war es eine mutwillig vertane Chance, das nicht im Vorfeld öffentlich zu diskutieren. Nun findet am 14. Januar eine Sondersitzung zu Dönnebrinks Plänen statt. Man wird sehen, ob zu Winkhauser Tal und Fulerumer Feld noch etwas zu verhindern ist. Die MBI haben ihren Antrag vom Sommer erneut gestellt und **zum Fulerumer Feld gründete sich im Dez. die Bürgerinitiative „Rettet das Fulerumer Feld“ mit ersten Aktivitäten zu der Sondersitzung.**

Auch zur VHS und dem Bürgerentscheid waren und sind die lokalen WAZ-Medien häufig recht einseitig oder manipulativ in ihrer Berichterstattung. Es bedurfte des enormen Einsatzes vieler Menschen, um das wenigstens ab und an zu korrigieren.

Eine leider wahre Geschichte und was die WAZ daraus machte

Mülheimer Währungsspekulanten und das Elend der Mülheimer Politik

Der Schweizer Franken hat Mülheims Stadtkämmerei in den vergangenen Jahren wenig überraschend nicht das erhoffte Glück gebracht. Das Währungsrisiko bescherte der Stadt bei Kredit- und Wettgeschäften Millionenverluste. Zum Jahresende hat die Stadt Mülheim nun ihre letzten Schweizer-Franken-Kredite aufgelöst. Das Risikogeschäft brachte am Ende einen Millionenverlust. WAZ: vom 28.12.19: "**Mülheims Franken-Kredite bringen 2,5 Millionen Euro Verlust**".

Von Anbeginn der Währungsspekulationen in 2010 hatten die MBI gewarnt und den Antrag gestellt, dem Kämmerer diese riskante Spekulation zu untersagen, doch vergebens, denn keine andere Fraktion unterstützte uns damals gegen Verlustgeschäfte des Herrn Bonanopulos. Als Ende 2014 auch dieses Desaster offenkundig wurde, waren auf einmal alle nie dafür gewesen. Der erneute MBI-Antrag, endlich ein striktes Spekulationsverbot für die Kommune zu beschließen, wurde wieder niedergestimmt.

Die WAZ versucht nun alles so hinzubiegen, als sei das Ende dieser Eskapade ein Verdienst des Kämmerers Mendack. Dafür benutzt das manipulative Lokalblatt Passagen wie "*Mendack soll in nicht-öffentlicher Runde.....*" Oder "*Der neue Stadtkämmerer räumte noch 2017 die ersten Kredite ab*"

Das alles ist Legendenbildung und Geschichtsklitterung durch Unterschlagung/Verfälschung von Fakten:



Deshalb zur Erinnerung: Als Mülheim damals in die Währungsspekulation einstieg, geschah dies unter Frau OB Mühlenfeld (SPD). Um das schwindsüchtige Prestigeprojekt Ruhrbania ab 2006/7 nicht vorzeitig abbrechen zu müssen, wurde in ihrer Ägide jeder, noch so erkennbar falsche Weg beschritten, denn dass die gigantischen Vorleistungen für das Stadtzerstörungsprojekt Banania zu einem finanziellen Debakel der Stadtfinanzen werden mussten, war offensichtlich. Um die Aufsichtsbehörde gnädig zu stimmen, unternahm Frau OB über ihren extrem gefügigen Kämmerer Bonan alles, um durch

"kreative Buchführung" Zeit zu gewinnen für die Weiterführung von Ruhrbania. Städt. Investitionen dafür tauchten im Etat nicht auf, andere große Investitionen etwa für Schulsanierung, Feuerwehr, Medienhaus u. v.m. wurden über PPP auf Private verlagert, so dass sie die Stadt nachweisbar erst in der Zukunft mit immer größerer Wucht belasten mussten. Ferner versuchte man/frau über Zins- und Währungswetten Minderausgaben für den Schuldendienst herbei zu spekulieren. Letzteres ging ziemlich in die Hörsen, wenig überraschend, die PPP-Irrwege belasten die Stadt noch lange schwer und ausweglos ob der " forfaitierung mit Einredeverbot". Die "Bilanzfrisierer" wie die totale Überbewertung der RWE-Aktien oder das Verschleiern von Ausgaben und Investitionen durch Übertragung auf ausgelagerte Beteiligungsgesellschaften wie MST, M&B, Ruhrbania GmbH&CoKG, JSG usw. kommt über kurz oder lang als Belastung in den städtischen Haushalt zurück, nur nicht als solches direkt erkennbar.

Und so kam es, dass die eigentlich reiche Stadt Mülheim trotz viele Jahre sehr hoher RWE-Dividendeneinnahmen (die aber nur in den Beteiligungsgesellschaften die enormen Verluste ausglich) und lange Zeit für das Ruhrgebiet überverhältnismäßig hoher Gewerbesteuererinnahmen zur deutschen Großstadt mit dem schnellsten Verschuldungstempo wurde, dann zur unangefochtenen Königin der sogar bilanziellen Überschuldung und logischerweise später zur Rekordstadt an Kassenkrediten ("Kredite zur Liquiditätssicherung") und danach auch noch zur einsamen NRW-Spitzenreiterin in der Pro-Kopf-Verschuldung.

Nach dem Abgang der Haupt-Verursacherin 2015 wurde dann 2017 ihr gerade erst wieder gewählter Kämmerer hoch befördert zum ÖPNV-Geschäftsführer, obwohl kein Fachmann, dafür aber 3x soviel Gehalt wie als Kämmerer. Nachfolger ohne reguläres Auswahlverfahren wurde Parteikollege Mendack, ebenfalls nicht vom Fach, aber aus dem Umfeld der ex-OB. Er war in den turbulenten Mühlenfeld-Jahren ab 2005 deren Referent, also federführend an allen Fehlentwicklungen beteiligt.

2015 bereits beschloss die Stadt Essen, ganz aus den toxischen Währungswetten auszusteigen, Mülheim aber weigerte sich und stieg häppchenweise aus mit dem letzten Happen von 10,5 Mio. jetzt zum Jahresende. Wie hoch sich die Gesamtverluste durch die Währungsspekulation für die Stadt belaufen, ist weiter ungeklärt, auch wenn die WAZ nun ganz als Sprachrohr von Mendack von 2,5 Mio. spricht. Es sind sicherlich mehr, doch was soll's, zu ändern ist schon lange nichts mehr.